Presse

Niedersachsen

**NIEDERSÄCHSISCHES JUSTIZMINISTERIUM**
01.04.2020

## Niedersächsisches Justizministerium lobt Projektmittel zur Vorbeugung von Antisemitismus aus

### Für 2020 stehen 75.000 Euro zur Verfügung / Förderaufruf gestartet

Niedersachsen will neue Projekte gegen Antisemitismus fördern und stellt dafür im Jahr 2020 bis zu 75.000 Euro zur Verfügung. Ein entsprechender Förderaufruf für zivilgesellschaftliche Träger findet sich seit kurzem auf den Internetseiten des Landespräventionsrats (LPR) und des Landes-Demokratiezentrums (LDZ).

Das neue Förderprogramm folgt auf die Einrichtung des Amtes eines „Landesbeauftragten gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens“. Mit dieser Position, die von Dr. Franz Rainer Enste bekleidet wird, soll in Niedersachsen nicht nur das Bewusstsein für Antisemitismus geschärft werden. Es wurde vor allem ein neutraler Ansprechpartner für jüdische Gemeinden, Verbände und für jene Bürgerinnen und Bürger etabliert, die sich dem Umgang mit bzw. der Bekämpfung des Antisemitismus widmen wollen.

*Dr. Enste: „Ich freue mich außerordentlich, dass das Land Niedersachsen so deutlich aktiv wird gegen Antisemitismus. Wir brauchen Projekte, die sich alten und neuen Ressentiments und Vorurteilen entgegenstellen, gerade in einer Zeit, in der die Sozialen Netzwerke von Verschwörungstheorien überkochen. Es gilt zugleich, den Beitrag jüdischer Kultur für unsere Gesellschaft positiv zu unterstreichen“, betont Franz Rainer Enste, Niedersächsischer Landesbeauftragter gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens.“*

Im Bereich der Prävention steht das Flächenland Niedersachsen vor der Aufgabe, antisemitischen Einstellungen auch dort vorzubeugen, wo die Begegnung mit heutigem jüdischen Leben nicht mehr unmittelbar möglich ist. Die jüdische Bevölkerung Niedersachsens ist überwiegend im städtischen Raum zu finden, weshalb es wichtig ist, jüdisches Leben in den ländlichen Räumen des Bundeslandes bekannt zu machen und auf diese Weise judenfeindlichen Ressentiments bis hin zu offenem Antisemitismus entgegenzuwirken.

Justizministerin Barbara Havliza: *„Antisemitismus geht uns alle an. Es spielt dabei keine Rolle, ob wir in der Stadt oder auf dem Land wohnen. Wir stehen alle in der Pflicht, jüdisches Leben in Niedersachsen zu fördern und zu erhalten. Genauso stehen wir in der Pflicht, antisemitischen Strömungen in Niedersachsen entgegen zu wirken und sie zu verhindern. Präventionsarbeit leistet dabei einen ganz wichtigen Beitrag.“*


| | | |
|---|---|---|
| Nr. 13/20 / Christian Lauenstein<br><br>Pressestelle<br>Am Waterlooplatz 1, 30169 Hannover | Tel.: (0511) 120-5044<br>Fax: (0511) 120-5181 | www.mj.niedersachsen.de<br>E-Mail: pressestelle@mj.niedersachsen.de |

Im Niedersächsischen Justizministerium werden die Koordination des „Landesprogramms gegen Rechtsextremismus – für Demokratie und Menschenrechte“ und mit dem LDZ die Umsetzung des Bundesprograms „Demokratie leben!“ (gefördert durch das BMFSFJ) verantwortet. Durch die Förderung gezielter Präventionsmaßnahmen gegen Antisemitismus soll die Vorbeugung gegen politischen und religiös begründeten Extremismus in Niedersachen um ein weiteres wichtiges Element ergänzt und in bestehende Strukturen und Maßnahmen eingebunden werden.

Den Förderaufruf finden Sie hier.


| | | |
|---|---|---|
| Nr. 13/20 / Christian Lauenstein<br><br>Pressestelle<br>Am Waterlooplatz 1, 30169 Hannover | Tel.: (0511) 120-5044<br>Fax: (0511) 120-5181 | www.mj.niedersachsen.de<br>E-Mail: pressestelle@mj.niedersachsen.de |